Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; in Berlin bei der Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; Filiale Friedrichstadt: Friedrichstraße 66; Filiale Königstadt: Königstraße 56/57; Filiale Louisenstadt: Prinzenstraße 41; bei allen Zeitungsspeditoren und Stadtpostämtern. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Wochblatt „ULK“, der feuilleton. Montags-Beilage „Zeitgeist“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postanschlag; bei direkter Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin auch monatlich 1 M. 75 Pf. incl. Botenlohn, bei separater Zustellung des Abendblattes 2 M. pränumerando). — Inserate 4 Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 361. Berlin, Donnerstag, den 19. Juli 1894. XXIII. Jahrgang.

Abonnements-Bedingungen
für das
„Berliner Tageblatt“

Bei allen Postanstalten	vierteljährl.	II. u. III. Mon.	II. Monat
Deutsches Reich	M. 5.25	M. 3.50	M. 1.75
Oesterreich-Ungarn	Fl. 4.14	Fl. 2.68	Fl. 1.42
Niederlande	Fl. 4.35	Fl. 2.90	Fl. 1.45

Bei allen Postanstalten	vierteljährl.	Bei allen Postanstalten	vierteljährl.
Schweiz	Fr. 7.70	Bulgarien	Fr. 8.35
Italien	„ 9.05	Rumänien	Fr. 10.35
Belgien	„ 7.75	Serbien	Fr. 8.55
Luxemburg	„ 8.50	Rußland	Rb. 3.25
Dänemark	Kr. 5.45	Türkei	Piaster 50½
Schweden-Norwegen	„ 5.45	Egypten	46⅔

Per Kreuzband von d. Exp. d. B. T.	monatlich	vierteljährl.	jährlich
Frankreich, Großbritannien und Irland, Griechenland, Spanien, Portugal und alle übrigen zum Weltpostverein gehörigen Länder	Postabonnement nicht zulässig. Nach diesen Ländern liefert gegen vorherige Einsend. der Beträge die Exped. des B. T. die Exemplare täglich direct unter Kreuzband.		
	Mark 4.70	Mark 14	Mark 56

Der häusliche Zwist im baierischen Bauernbunde.

(Von unserem Korrespondenten.)

München, 17. Juli.

Als vor einem Jahre der niederbaierische Bauernbund gegründet wurde und sofort zu rücksichtslosem Sturm gegen allehrwürdige Centrumsmandate sich anschickte, da zog er die Aufmerksamkeit nicht blos der baierischen, sondern aller deutschen Politiker auf sich; denn offenbar hatte man es mit einer tiefgehenden Bewegung zu thun, welche derjenigen des „Bundes der Landwirthe“ im Norden parallel ging. Die fixe Idee, von Gesetzgebung und Parteien verlassen, zu verrathen zu sein, hatte sich des deutschen Bauernstandes bemächtigt, und wie man auch über die Berechtigung der Sonderbestrebungen denken mochte, ausschicklos schien sie in keinem Falle zu sein. Hatte doch der mächtige Staatsmann, dessen Worte nur allzu lange wie Orakelsprüche verehrt wurden, den Landleuten oft genug versichert, daß sie nicht den gehörigen Einfluß im Staate ausübten, daß sie sich solchen erringen müßten, daß die Abgeordneten keine heiligere Pflicht hätten als die, „dem Bruder Bauer die Hand zu drücken“. Da, wo sich der Kampf des angeblich unterdrückten Standes gegen die Liberalen richtete, mochte man ihm ja, wenn man sich den verschobenen Standpunkt der Agitatoren zu eigen machte, eine relative Berechtigung zuerkennen; denn das Grundprinzip des Liberalismus ist und bleibt es, daß kein Stand der Bevölkerung auf Sonderrechte Anspruch habe. Aber eine merkwürdige Ironie des Schicksals mußte man darin erblicken, daß in Baiern diejenige Partei den Sündenbock abgeben mußte, welche bisher schon so agrarisch wie nur irgend möglich gewesen war und sich, so groß ihre politischen Fehler im Uebrigen auch sind, nach dieser Seite hin gewiß nichts vorzuwerfen hatte. Allein wie dem auch sei, die Ultramontanen mußten vorerst die Zeche bezahlen, und sieben Mann hoch zogen die Mitglieder des neuen Bundes in die Kammer der Abgeordneten ein, während auch in den Reichstag ein Dr. Sigl gesandt und der Stern der baierischen Centrumspartei, Graf Preysing, durch einen ebenso wackeren wie unbekannten Landbierbrauer depossedirt ward.

Wie schon zum Oefteren in diesen Berichten bemerkt worden ist, trug die siegreiche Partei bereits wieder den Keim des Verfalles in sich; neben Elementen, die es in ihrer Art recht ehrlich mit der Sache meinten, und denen sogar ein gewisser Idealismus keineswegs abzusprechen ist, machten sich auch andere breit, deren Wirken allein durch Egoismus und Streberei bestimmt ward. Der bedeutendste Mann des Bundes, Dr. Ratzinger, sagte sich bald von den mancherlei utopischen und unmöglichen Forderungen los, welche die nicht gewählten Drahtzieher an ihre Vertreter stellten, und arbeitete im Landtage wie auch in der Volksvertretung ganz nach eigenen Heften, ziemlich unbekümmert darum, ob seine eigene Gesolgschaft im Einzelfalle seinen Anträgen zustimmte oder dagegen votirte. Schon diese „Politik der freien Hand“, welche in der offiziösen „Bundeszeitung“ Anklang fand, begegnete im offiziellen Blatte, dem „Niederbaierischen Anzeiger“, heftigem Widerspruche, und noch unerträglicher erschien es, daß der Führer im Landtage sich mehrfach als Klerikaler bekannte, ja in der Betonung seiner strengkatholischen Gesinnung den Centrumsleuten häufig noch über zu sein bemüht war.

Man hätte es sich freilich denken können, daß ein katholischer Geistlicher, auch wenn er auf seine Pfründe verzichtet und sich ganz schriftstellerischer Thätigkeit zugewendet hatte, niemals aus seiner Haut heraus könne; nachdem man jedoch bei der Agitation den Haß des Volkes gegen den Klerus entfesselt und diesen ganz aus der politischen Arena zu vertreiben gesucht hatte, war es doch eine schlimme Inkonsequenz, daß man sich in die Hände und unter die Leitung einer Persönlichkeit begeben, die es, was die Gluth kirchlicher Begeisterung anlangt, mit jedem heißblütigen Kaplan aufnehmen konnte. Bei solcher Sachlage war an keinen dauernden Frieden innerhalb des Bundes zu denken, und jeder Einsichtige mußte erkennen, daß es in der einen oder anderen Weise zum offenen Bruche kommen müsse. Dies ist denn auch jetzt erfolgt, und zwar hat sich dabei das alte Sprichwort bewährt, daß in einem Bürgerkriege mit mehr Muth gefochten wird als bei einem Kriege zwischen gewöhnlichen Gegnern. Man ist ja von dem kräftigen Stamm der Bajuvaren gewohnt, daß sie ihren Gefühlen einen verständlichen Ausdruck zu verleihen wissen, aber solche Leistungen im Schimpfen und in wechselseitiger Schlechtmacherei, wie sie bei der Auseinandersetzung am 8. Juli zu konstatiren waren, durfte auch ein gründlicher Kenner des Volksgeistes kaum erwarten.

Für den genannten Tag war vom rechten (Ratzingerschen) Flügel eine Versammlung nach dem kleinen Orte Fürstenzell an der Eisenbahn Landshut-Passau ausgeschrieben worden; diese Gegend hielten die Einberufer für zuverlässig, und ihre Erwartung hat sie nicht betrogen. Mit den Landtagsabgeordneten, von denen nur einer, ein Herr Braun, frondirende Gelüste zu haben schien, war auch Dr. Sigl gekommen, der sich neuerdings ganz und gar als Angehöriger dieser Gruppe fühlt und gegen die Häuptlinge des radikalen Flügels, die Herren Wieland, Dr. Gäch und Dr. Kleitner, eine Sprache führt, wie sie selbst Liberale und Ultramontane nur selten zu hören bekommen. Der erstgenannte jener drei Herren hatte sich auch in Fürstenzell eingefunden und eine trefflich geübte Clique mitgebracht, welche er in dem als Schlachtfeld gewählten Wirthsgarten — man tagte unter freiem Himmel — so geschickt vertheilte, daß es längere Zeit unsicher war, wohin die Mehrzahl der Versammelten sich neigte. Schon anfangs wollte Wieland sich die Leitung übertragen lassen, und es bedurfte des Eingreifens des heraufsteigenden Beamten, um ihm begreiflich zu machen, daß jeder Versammlung das Recht zusteht, sich ihren Vorsitzenden selbst zu wählen. Nachdem endlich die Verhandlungen begonnen hatten, machte sich das heiße Blut des Zurückgewiesenen noch fort und fort in unmotivirten Zwischenreden Luft, und da diese von der Gegenpartei beantwortet wurden, so bildete sich nachgerade ein Zustand heraus, von dem man nur dann eine richtige Beschreibung liefern kann, wenn man sagt, die Grobheit habe wahre Orgien gefeiert. Selbst Herr Dr. Sigl mußte eingestehen, daß ihm so etwas in seiner ausgedehnten Praxis noch nicht vorgekommen sei; vielleicht beschlich ihn eine Ahnung davon, daß die Methode, nach welcher er selbst im „Vaterland“ seine Widersacher behandelt, doch auch ihre Bedenken hat, wenn man einmal nicht als Hammer, sondern als Ambos fungirt.

Trotz aller wütiger Opposition stellt es sich doch nach Dr. Ratzingers Rechenschaftsrede unverkennbar heraus, daß die Bewohner des Rottthales, der vielleicht fruchtbarsten Gegend von ganz Baiern, mit ihrem Abgeordneten ganz zufrieden waren und sich wenig darum kümmerten, ob derselbe immer im Sinne der Bundesstatuten gehandelt habe oder nicht. Zudem trat ein anderer Deputirter des Wahlbezirkes, der in seinen Kreisen sehr einflußreiche Kaufmann Sinzinger von Pfarrkirchen, mit der überraschenden Mittheilung hervor, daß es streng genommen gar keinen Bund, keinen Vorstand und keine Satzungen gebe, denn jener war niemals formell gewählt, die Statuten aber waren niemals durchberathen und allseitig anerkannt worden. Der Vorsitzende Wieland verlor durch diesen Flankenangriff auch die letzte ihm noch gebliebene Autorität, und es blieb ihm nur übrig, sich mit seinem Anhang wutheuthrannt zu entfernen und das Tafeltuch zwischen sich und den Abtrünnigen, die sich aber für die wahren Bauernbündler halten, für zerschnitten zu erklären.

Was nun weiter aus diesem eigenthümlichen Parteigebilde werden wird, das wissen die Betheiligten wohl selbst am wenigsten; geht der Bund endgiltig in Trümmer, so wird es nur Wenige geben, die ihm eine Thräne nachweinen. Wahlen finden, falls nicht unerwartete Zwischenfälle eintreten, erst wieder in vier Jahren statt, und bis dahin hat wahrscheinlich das Centrum einen großen Theil des Einflusses wiedererlangt, der ihm vorübergehend durch eine energische Agitation entrissen war. Und der allzu sehr verärgerte Bauer, der abermals eine seiner Hoffnungen schwinden sehen mußte, wird vielleicht gänzlich irre an Staat und Kirche, und dann ist er ein geeignetes Objekt für die schlaue Bohrarbeit geworden, welche die Sozialdemokratie unter v. Vollmars Aegide auch auf dem platten Lande zu betreiben angefangen hat.

Französische Steuerpolitik.

(Von unserem Korrespondenten.)

□ Paris, 16. Juli.

Wir befinden uns zur Zeit inmitten der Budgetberathung, ohne daß wir bisher das Budget ganz vorgelegt erhalten hätten. Einstweilen verlangt die Regierung nur die Bewilligung der sogenannten vier direkten Steuern in ihrer alten Form: der Grundsteuer, der Gebäudesteuer, der Thür- und Fenstersteuer und der Personal- und Mobiliarsteuer, die zusammen etwa den siebenten Theil der Gesammteinnahmen des Staatshaushaltes ausmachen. Es giebt — wissenschaftlich gesprochen — noch andere direkte Steuern in Frankreich, wie die Patentsteuer, die 4 prozentige Steuer auf Werthpapiere 2c., die das französische Budget aber unter die indirekten Steuern rechnet, weil in administrativer Hinsicht nur bei den vier erstgenannten Abgaben Personal-Steuerrollen geführt werden. Das Grundprinzip der französischen Steuerpolitik ist: die Sache, nicht die Person zu besteuern; wenn bei den direkten Steuern damit eine Ausnahme gemacht wird, so hilft man sich, um das Prinzip zu retten, mit der Ausrede, daß die Taxation nach äußerlich sichtbaren Merkmalen äußerlich wird. Das ist natürlich nur Prinzipienreiterei; es kann mir vollkommen gleichgiltig sein, ob der Staat von mir die Abgabe meiner Miethe, die als äußeres Merkmal gilt, verlangt, oder von meinem Hauswirth. Es ist aber nothwendig, diesen prinzipiellen Standpunkt der französischen Steuerpolitik zu betonen, da er allein den Schlüssel für die verflossenen Debatten über die Einführung einer progressiven Einkommensteuer abgiebt. Ein zweiter Unterschied, der festgehalten werden muß, ist die Unterscheidung zwischen Einkommensteuer und einer Steuer auf die verschiedenen Einkommenarten. Weil der französische Fachausdruck für beide Steuern sehr ähnlich klingt — impot sur le revenu und impot sur les revenus — so werden in dieser Hinsicht häufig Irrthümer begangen, die eine klare Auffassung des ganzen Streites vereiteln. Frankreich besteht Steuern auf die meisten Einkommenarten, nicht auf alle, und die Reformvorschläge Cavaignac's laufen darauf hinaus, eine einheitliche Einkommensteuer zu schaffen, bei der allein die Anwendung einer progressiven Skala möglich wäre. Es liegt auf der Hand, könnte der Gesetzgeber auch alle denkbaren Einkommenarten treffen, so daß dadurch eine Einkommensteuer de facto bestehen würde, so ließe sich keine Progressivität erreichen, ohne zu Ungerechtigkeiten und großen Unzuträglichkeiten zu führen.

Dies vorausgeschickt, verlohnt es sich, einige Worte über die große dreitägige Debatte über den Cavaignac-Doumer'schen Antrag nachzutragen. Zunächst muß hervorgehoben werden, daß seit Jahresfrist in der französischen Kammer keine so hervorragenden Reden gehalten worden sind, wie während der verflossenen Woche. Cavaignac, der Sozialist Jaurès, Jules Roches, Ribot, Doumer, der Budgetberichterstatter Cochery und der Finanzminister Poincaré, haben alle vorzüglich gesprochen, und der an sich akademischen Debatte — die Ablehnung des Cavaignac'schen Antrags war gewiß, — ein lebendiges Interesse einzuflößen gewußt. Cavaignac, Jaurès und dem Finanzminister gebührt vielleicht die Palme in diesem Redetournier. Es muß bedauert werden, daß ein frühzeitiger Schlußantrag dem berufenen Vorkämpfer der alten Schule, Leon Say, nicht mehr gestattete das Wort zu ergreifen. Sodann verdient betont zu werden, daß die Niederlage, die dem Cavaignacschen Projekt bereitet wurde, einem Siege gleichkommt. Die Einführung der progressiven Einkommensteuer ist in Frankreich nur noch eine Frage der Zeit. Das aus den Tagen der großen Revolution herrührende System der vier direkten Steuern ist verurtheilt; sein ursprünglicher Sinn ist durch die inzwischen zu großer Bedeutung herangewachsenen Verbrauchssteuern gefälscht worden. Die Einnahmen weichen, die Ausgaben steigen; es muß nach neuen Einnahmequellen gesucht werden, und da ist für keinen, der die Entwickelung der Idee der progressiven Einkommensteuer in Frankreich verfolgt hat, zweifelhaft, daß in dieser Idee die Lösung der Schwierigkeiten liegt. Arbeiter- und Mittelstand sind in Frankreich bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet; die wohlhabenden Klassen bezahlen gegenwärtig — wie Cavaignac und Genossen behaupten — weniger als ihren proportionalen Theil, während die Verfechter des alten Systems erklären, daß sie proportionell gerade genug tragen. An sie muß man also appelliren, will man die erforderlichen neuen Mittel finden, ganz zu schweigen von dem höheren Prinzip der Gerechtigkeit, die in einer progressiven Skala zum Ausdruck gelangt. Zum Unglück für die Theorie von der progressiven Einkommensteuer befinden sich ihre Verfechter auf den radikalen und sozialistischen Bänken. Läßt es sich auch nicht leugnen, daß die Radikalen mit diesem Thema ihr stark verfaultes Programm wieder zu neuem Glanz gebracht haben, so findet die progressive Einkommensteuer sich doch der Mehrheit in der Kammer und im Senat gegenübergestellt. In der Kammer konnte diese Mehrheit allerdings nur mit Hilfe der Monarchisten gegen die Republikaner vertheidigt werden. Das giebt zu denken, und sollte die Opportunisten veranlassen, sich zugänglicher für eine Reform zu geben, die doch nicht mehr aufzuhalten ist. Schon in der Erbschaftssteuer haben die Finanzminister Rouvier und Poincaré das Prinzip der Progressivität anerkannt, „eine bedauerliche Konzession,“ wie Leon Say sich während der jüngsten Debatte äußerte, eine Konzession, die aber nicht mehr rückgängig zu machen ist. Wie schief die Lage der vereinigten Gemäßigten, Ralliirten und Monarchisten war, erhellt auch aus ihrer Art der Vertheidigung. Sie warfen sich zu Vertheidigern der Prinzipien der großen Revolution auf. Nicht die Person, sondern die Sache muß besteuert werden! Während sie sich gebehrdeten, als ob die Welt untergehen würde, wenn nur ein Titelchen von den Theorien der Revolution des vorigen Jahrhundert geändert würde, citirte die Minorität den Fürsten Bismarck, Caprivi, Miquel und Sir William Harcourt. Die Rollen waren also vollkommen vertauscht.

Cavaignac ist aus den letzten Debatten bedeutender hervorgegangen. Nach seiner Lyoner Rede vom vergangenen Jahr, in der er sich zum ersten Mal offen zum Prinzip der progressiven Einkommensteuer bekannte, bezeichnete ihn die opportunistische Presse als einen Träumer, wenn nicht gar als einen versuerten Streber, der mit Hilfe der Revolutionäre die Stellung zu erringen hoffe, die ihm bei den Gemäßigten nicht zu Theil geworden war. Seine zwei letzten Reden haben ihn nicht nur als Redner, sondern als Staatsmann entpuppt, der zweifellos noch eine große Rolle im politischen Leben Frankreichs spielen wird.

---

* Der Ausschuß der **deutschen Turnerschaft** hat gegenwärtig in Gemeinschaft mit dem Centralausschuß zur Förderung der Jugend- und Volksspiele in Deutschland einen **Aufruf** veröffentlicht, in welchem die Aufforderung an alle Freunde der Leibesübungen ergeht, thatkräftig für die Förderung der Volksgesundheit einzutreten. In dem Aufruf heißt es am Schluß:

„Wohlan! Setzet nur ein mit kräftigem Wollen, überwindet in Leibesübungen die körperliche Trägheit, regt in frohem Tummeln Eure

Hierzu die Beilage „Mittheilungen über Landwirthschaft 2c.“ Nr. 29.